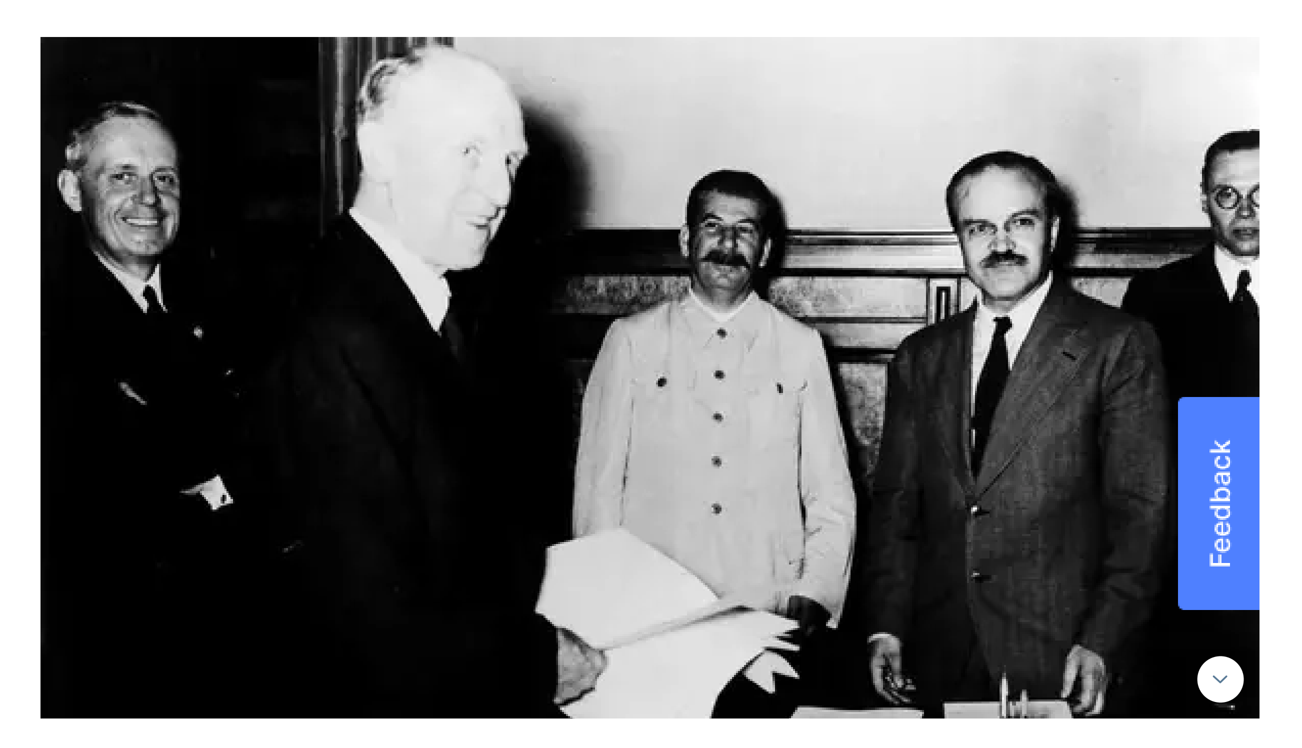
Märkische Allgemeine



Gedenken der Opfer des Stalinismus

Historiker Karl Schlögel kritisiert eine Entscheidung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten



Artikel anhören • 9 Minuten

15. oder 23. August? Es scheint nur um ein Datum zu gehen. Der Streit zwischen dem Gedenkstättenverein KGB-Gefängnis und der Stiftung

Brandenburgische Gedenkstätten mutet etwas grotesk an. Doch der Historiker Karl Schlögel erklärt in einem Gastbeitrag, warum er den 23. August für sehr viel zwingender hält.

Karl Schlögel
14.08.2023, 19:41 Uhr



Potsdam. Das ehemalige KGB-Gefängnis in der Leistikowstraße in Potsdam gehört zu den eindringlichsten Museen und Gedenkstätten im Raum Berlin-Brandenburg. Besucher, die vom Zauber des preußischen Arkadien hingerissen, sich am Heiligen See, im Neuen Garten und Schloss Cecilienhof ergehen, lernen hier in nächster Umgebung, in dem ehemaligen Haus der Evangelischen Frauenhilfe eine andere, die dunkle Seite Potsdams kennen. Auf einem historischen Pfad kann man hier das Terrain des ehemaligen sowjetischen „Militärstädtchens Nr. 7" abschreiten mit der heutigen Gedenk- und Begegnungsstätte im Zentrum.



Blick in die Potsdamer Gedenkstätte Leistikowstraße.

Besuchern, die durch die sorgfältig konservierten Flure, Räume, Zellen des ehemaligen Gefängnisses der sowjetischen Militärspionageabwehr wandern, sind hier konfrontiert mit Zeugnissen und exemplarischen Lebensschicksalen der Opfer, die hier verhört, gefoltert, in Lager verschickt oder – wie in fast Hundert dokumentierten Fällen – auch hingerichtet worden sind. Dass es zur Rettung dieses Ortes nach Auflösung des KGB 1991 und dem Abzug der sowjetischen Truppen 1994 und seiner Umwandlung in eine Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte im Jahre 2008 gekommen ist, ist ohne den Einsatz des

Vereins aus Potsdamer und Berliner Bürgerrechtlern, ehemals Inhaftierten und deren Angehörigen nicht denkbar.

Die Stiftung hat dem Verein untersagt, eine Gedenkveranstaltung am 23. August abzuhalten

Umso schmerzlicher muss jeden, der die Gedenkstätte und ihre Aktivitäten in den letzten Jahren verfolgt hat, die Nachricht treffen, dass die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten dem Verein untersagt hat, in diesem Jahr – wie schon in den Jahren zuvor – eine Gedenkveranstaltung am 23. August im Vortragsraum des Gebäudes in der Leistikowstraße abzuhalten; statt dessen soll der Verein an der von der Stiftung für den 15. August festgesetzten Veranstaltung teilnehmen. Der Streit um das Datum – 15. oder 23. August – scheint bizarr, aber offensichtlich geht es hier mehr als um einen Termin-Konflikt.

Der Verein, der über Jahre hinweg treibende Kraft für die Errichtung der Gedenkstätte war, möchte wie bisher am 23. August zusammenkommen. Das Datum wurde vom Europa-Parlament 2009 zum „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime" bestimmt. Am 23. August 1939 kam es zum Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes, mit dem im Geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Europas zwischen Hitlers und Stalins Reich beschlossen wurde. Damit war der Beginn des Zweiten Weltkriegs, Deutschlands Überfall auf Polen am 1. September und Stalins Einmarsch in Ostpolen am 17. September besiegelt.

Die Stiftung hingegen hat sich für den 15. August entschieden, weil am 15. August 1945 das Gebäude des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins durch die sowjetische Besatzungsmacht übernommen wurde. Man kann das Insistieren auf der Authentizität von Ort und Zeit gut verstehen in einer Zeit, da lieux de memoire oft nach Belieben konstruiert oder gar erfunden werden. Allerdings muss man der Argumentation, die nun schon Monate lang zwischen der Stiftung und dem Verein hin und her geht, an einigen Punkten entschieden widersprechen. So heißt es etwa in der Darlegung des Direktors der Stiftung, Axel Drecoll, dass man den 23. 8. ablehne, weil er mit dem Ort in der Leistikowstraße nichts zu tun habe und missverstanden werden könne.



Unser Gastautor Karl Schlögel bei einer Lesung aus seinem Buch „Das russische Berlin“ (2019).

Zu unserem Gastautor Karl Schlögel

Karl Schlögel ist Deutschlands gefragtester Osteuropa-Historiker. Von 1994 bis zu seiner Emeritierung war er Professor für Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
Regelmäßig veröffentlicht Schlögel viel beachtete Bücher wie „Das sowjetische Jahrhundert“ (2017) oder „Die Mitte liegt ostwärts“ (2002). Zuletzt erschien von ihm: „Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen“ (2015/erweiterte Neuausgabe 2022).
Zum 80. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Vertrags hielt Karl Schlögel am 23. August 2019 auf Einladung des Vereins in der Leistikowstraße einen Vortrag zum Thema „1939 – Über den Zusammenhang von Appeasement und Entfesselung des Zweiten Weltkriegs“.

Als Vaclav Havel, Joachim Gauck und andere, meist aus Ostmitteleuropa kommende Intellektuelle und Politiker im Jahre 2008 in Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt in ihrer Prager Erklärung dazu aufriefen, das Datum des Paktes in eine weiter gefasste europäische Erinnerungs- und Gedenkkultur aufzunehmen, ging es ihnen um die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen und stalinistischen Systems. Als das Europäische Parlament im Jahre 2009 mit großer Mehrheit seine Resolution „Erinnerung an die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes“ verabschiedete, sollte endlich eines Tages gedacht werden, der bis dahin – und bis heute – fast nur im kollektiven Gedächtnis der Ostmitteleuropäer präsent ist. Die Menschenkette des „Baltischen Weges“ zwischen Tallinn, Riga und Vilnius am 23. August 1989 gehört zu den Ereignissen, die, wie wir heute wissen, den Fall

der Mauer vorbereiteten und die Rückkehr der sowjetisch besetzten baltischen Republiken in ihre Unabhängigkeit und Freiheit einleiteten.

Die Erfahrungen der Ostmitteleuropäer werden in Deutschland gern als russophob abqualifiziert

Man hat sich im Westen, besonders in Deutschland immer schwergetan, die Erfahrung der Ostmitteleuropäer zur Kenntnis und ernst zu nehmen, bis heute neigt man dazu, wie die Reaktionen von öffentlicher Meinung und Politik nach dem russischen Angriff auf die Ukraine zeigen, sie als russophob oder hysterisch abzuqualifizieren. Man will nicht wahrhaben, dass auf die Befreiung Ostmitteleuropas von deutscher Wehrmacht und SS nicht die Entlassung in Unabhängigkeit und Freiheit folgte, sondern eine andere Diktatur, die bis zum Ende der Sowjetunion andauern sollte. Bis in die jüngste Zeit gab es im Bewusstsein der meisten Deutschen den 1. September 1939 – Beginn des Zweiten Weltkrieges – und den 22. Juni 1941 – den Überfall auf die Sowjetunion –, während die Zeit der Interaktion, ja Kollaboration der beiden Diktaturen und das Schicksal der unter doppelte Herrschaft geratenen Völker Osteuropas kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands nach 1945 teilte in diesem Sinne das Schicksal einer doppelten Diktaturerfahrung, von der der Westen – glücklicherweise – verschont blieb. In diesem Sinne gibt es einen Erfahrungs- und Erkenntnisvorsprung, den sie mit den Ostmitteleuropäern teilt. Die Topographie des Terrors im mittleren und östlichen Europa ist komplizierter als das west-fixierte Augen wahrzunehmen in der Lage oder willens sind. Der antitotalitäre Konsens, an den der 23. August erinnert, hat sehr wohl etwas mit dem Haus in der Leistikowstraße, dem Ort stalinistischer Herrschaft im Osten Deutschlands, zu tun.



Lore Siebert, Tochter der einst inhaftierten Marlis Steinert, in der Austellung „Im Spiegel der Erinnerung“ in der Gedenkstätte Leistikowstraße.

Dies zu zeigen, ist die große Leistung der Gedenkstätte, besonders auch seiner in den vergangenen Jahren gezeigten Ausstellungen, von denen viele nicht ohne die Mitwirkung von Memorial, der heute von Putin verfolgten und außer Landes getriebenen russischen Geschichts- und Menschenrechtsorganisation. Man kann sie auf der Homepage noch abrufen und lernt dabei, wie viele Wege aus der Leistikowstraße ostwärts, in Stalins Imperium führten – in die Butyrka, nach Workuta, Geschichten vom gestohlenen Leben unzähliger unschuldiger Opfer, darunter auch Sowjetbürger.

Die Wahrnehmung der Verbrechensgeschichte des Stalinismus schärft den Blick auf ein heilloses „Jahrhundert der Extreme“

Ein zweites Argument, von dem man dachte, es werde nicht mehr ernsthaft vorgebracht, nachdem nicht nur die Geschichte des Nationalsozialismus, sondern auch die des Stalinismus erforscht und bearbeitet wurde, lautet, die Erinnerung an die Interaktion und Kollaboration von NS und Stalinismus laufe auf eine „Relativierung“ des NS und des Holocaust, auf die Nivellierung der Unterschiede zwischen NS und Stalinismus hinaus und liefere der Rechten, was immer damit gemeint sein mag, Munition. In manchen, harmloseren Fällen zeugt dieses Argument von Ahnungslosigkeit, was den Stand europäischer Geschichtsarbeit angeht, zu der eben auch die Verbrechensgeschichte des Stalinismus gehört. Es hat nicht nur neue Quellen, sondern auch einen Perspektivwechsel gegeben, der die totalitäre Doppelerfahrung ins Zentrum rückt, die gerade nicht auf Entlastung und Relativierung von Gewalterfahrung hinausläuft, sondern Schärfung des Blicks auf das heillose „Jahrhundert der Extreme“.

Lesen Sie auch

- Wolf-Biermann-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum
- Überleben im sowjetischen Gulag – Ausstellung in Gedenkstätte Leistikowstraße
- Potsdamer Verbindungen zur russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“

Was es bedeutet, beide Totalitarismen ins Auge zu fassen, versteht, wer zwischen die Fronten geraten ist oder wer Wassili Grossmans „Leben und Schicksal“ gelesen hat. Im Grunde gilt gerade umgekehrt: Jemand, der sich in die Geschichte des nationalsozialistischen Terrors, des Völkermords, der

Shoah hineingedacht und hineingearbeitet hat, der ist erst recht empfänglich für die Gewalterfahrung von Völkern und Gesellschaften, die den Stalinismus erlebt und überlebt haben.



Eine Gedenkveranstaltung am 15. August im Corona-Jahr 2021 in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam.

© Quelle: Varvara Smirnova

In Putins Rhetorik gehen völkischer Jargon der Nazis und stalinistischer Vernichtungsfuror ineinander über

Das Ringen um die angemessene Form des Gedenkens findet nicht in einem abstrakten Raum statt. In einem Augenblick, in dem keine zwei Stunden von Berlin Russland Krieg führt gegen die Ukraine, in dem bis noch vor Kurzem unvorstellbare Kriegsverbrechen begangen wurden, in dem in Putins Rhetorik völkischer Jargon der Nazis und stalinistischer Vernichtungsfuror ineinander übergehen, erscheint die Erfahrung, die in einer Einrichtung wie der in der Leistikowstraße aufbewahrt ist, zu kostbar, um im Streit um Termine und in Kämpfen um Definitionshoheit zerredet zu werden.

Es ist nicht gut, besonders in düsteren Zeiten, wenn in einer wichtigen Auseinandersetzung mit Raumverboten gearbeitet wird. Wie aus den Ankündigungen hervorgeht, gibt es nun zwei verschiedene Veranstaltungen an verschiedenen Orten. Jeder kann sich entscheiden. Wenn man Walter Benjamins Formulierung „Geschichte schreiben heißt, Jahreszahlen ihre Physiognomie geben“ beherzigt, und wenn man den Gedenkort in der Leistikowstraße nicht bloß als ein Stück Lokalgeschichte ansieht, dann spricht einiges für den 23. August als Gedenktag. Aber jeder kann sich selber ein Bild machen.